

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postleitzahl Leipzig 28614

Grußwort mit Absicht der Spars- und Zeitung nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugssatz bei Selbstabholung normal 5 M., durch andere Postleger ausgetragen in der Stadt monatlich 4,50 M., auf dem Lande 4,50 M., durch die Post bezahlt monatlich 13,50 M., mit Bezahlungsschluß. Alle Poststellen und Postbüros sowie unser Bürgertum und Geschäftstüchtige nehmen überall Bezahlungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen der Postleger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezahlungssatzes.



Inseratenpreis 1 M. für die gespaltene Korpusseite oder deren Raum, Liefersatz 1 Pg., Reklame 2,50 M. Bei Werbung und Jahrespreis entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Verleger, die gespaltene Korpusseite 3 M. Nachweisungs-Gebühr 20 Pg. Anzeigenanzeige bis vermöglich 10 Uhr. Für die Abgaben der durch Fernpost übermittelten Drucken übernehmen wir keine Garantie. Jeder Käufer anstrebt artikulär, wenn der Beitrag durch Briefe eingezogen werden muß oder bei Postleger in Rücksicht gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Herausgeberlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 138.

Donnerstag den 16. Juni 1921.

80. Jahrgang.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Bei der Wahl des sächsischen Landespräsidiums wurden gewählt Neumann-Dörr (Demokrat), Dräse (CDU) und Schmid (Soz.).

\* Der französischen Senat wird abermals die Auslieferung Kaiser Wilhelms II. zwecks Anstrengung eines Prozesses gegen ihn verlangt.

\* Die britische Admiralität hat beschlossen, daß die beiden deutschen Unterseeboote U 125 und U 161 am 20. Juni verloren werden.

\* Im englischen Unterhause erklärte H. H. Asquith, daß die Lage im nördlichen Osten sehr bedrohlich sei. Die Regierung bewahrt Neutralität zwischen Griechen und Türken.

\* In Posen fand ein erbittertes Gefecht zwischen den Polnischen Feuerwehren und britischer Polizei statt. Sieben Tote und 50 Verwundete wurden gezählt.

\* An Stelle des bisherigen polnischen Außenministers Sapieha hat der Staatschef den bisherigen polnischen Generalen in Rom Konstantin Stremunt zum Außenminister ernannt.

\* Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Nordamerika nahm die Resolution vor, die den Friedensschluß mit Deutschland und Österreich an.

## Räumung?

Hätten die Alliierten auch nur den hintersten Teil der Geduld, die sie, seitdem Herr Korsant mit frecher Hand die feierlich verbriehte Ordnung in Oberschlesien umgestürzt hat, den polnischen Auführern gegenüber an den Tag legen, für Deutschland zur Verfügung gehabt, der Welt wäre eine schwer endlose Kette von Beunruhigungen und Aufruhrungen erspart geblieben. Aber während uns Freien von wenigen Tagen, zuweilen sogar von wenigen Stunden gezeigt wurden, daß der sogenannte Diktator von Oberschlesien die hohe Interalliierte Kommission in Oppeln seit vielen Wochen an der Nase herumführte, ungetreut dessen, daß inzwischen kaum überzeugbare militärische Werte vernichtet und qualvolle Zeiten über die Bevölkerung des Abstimmungsgebietes verhängt wurden. Zwei Wochen sind nun bald darüber vergangen, daß englische Bataillone in dem außständischen Gebiet versammelt wurden, um der durch Frankreichs Misschuld möglich gewordenen Insurgenterherrschaft ein Ende zu machen. General Le Rond aber hat es mit seiner sinnvollen Sympathie bis jetzt noch immer verstanden, die Säuberungskommission, von der, seitdem Lloyd George im Unterhause so fröhlig vom Leben gezogen, unausgesetzt die Rede war, zum Besten seiner polnischen Bundesgenossen immer wieder aufzuhalten. Jetzt soll die Räumung also beginnen und am 22. Juni beendet sein. Man hat mit dem deutschen Zwischenraum auf der einen, mit Korsant und seinen Verbündeten auf der anderen Seite verhandelt und will nun versuchen, die Polen wie die Deutschen nach entgegengesetzten Richtungen des kritischen Gebietes zurückzudringen. In acht Tagen etwa hofft man, die Ausgabe gelöst zu haben. Von polnischer Seite wird natürlich mit allen Mitteln dahin gearbeitet, um den Rückzug aus dem eigennächsig usurpierten Gebiet so teuer wie möglich zu verkaufen. Man tut so, als würde man bereits über eine nahezu vollständige Zivilverwaltung an Stelle derjenigen der Interalliierten Kommission, und hält es auch für möglich, mit der Disziplinlosigkeit der in ihren patriotischen Gefühlen aus schwierige gereizten polnischen Kämpfercharakter zu sozialisieren. Damit ist schon erreicht, daß einige Londoner Blätter von der Stube vor dem Sturm sprechen, die augenblicklich in Oberschlesien herrsche, von der schier übermenschlichen Selbstüberwindung, die die Auführer an den Tag legen müßten, wenn sie kampflos oder ohne Rache und Verstümmelungen das Gebiet aufgeben sollten, daß sie in Besitz genommen haben. Die Deutschen wissen besser, was sich hinter diesen polnischen Spiegelbildern verbirgt, und sie glauben deshalb mit allem Nachdruck auf gewisse Bedingungen bestehen zu müssen, unter denen sie sich zur Zurückziehung ihres Selbstschutzes bereitfinden wollen. Aber natürlich, die Entscheidung liegt, wie immer, bei der hohen Kommission in Oppeln, von der man ja zur Genüge erfahren hat, wer sie antreibt und wer sie führt.

Ob nun hinter den Kulissen der Kommission die Entscheidung schon gefallen ist oder nicht, unter allen Umständen trifft es sich gut, daß dem britischen Volke die Franzosenherrschaft in Oberschlesien noch einmal von einem eigenen Beobachter so geschildert wird, wie sie in Wahrheit ist. Der Sonderberichterstatter des "Manchester Guardian" stellt in seinem Blatt fest, welche fast unerträglichen Herausforderungen die Deutschen von Seiten der Insurgenten zu erdulden haben, die gar zu gern von ihnen angegriffen sein möchten. Daß unter solchen Verhältnissen die Franzosen fortgesetzt behaupten könnten, der deutsche Selbstschutz sei das größte Hindernis auf dem Wege der Bevölkerung Oberschlesiens, sei vollkommen lächerlich. Nicht der deutsche Selbstschutz, sondern die Franzosen seien für den Aufstand verantwortlich. Sie seien auch für seine Fortdauer verantwortlich, da sie den Polen ihre Sympathien ganz offen entgegentragen und alles tun, was in ihrer Macht liegt, um jede Art von Aktion, die den Aufstand beendigen könnte, zu verzögern oder abzuschwächen. Von italienischer Seite ist dem Berichterstatter versichert worden, daß die Polen gerade auf Anraten der Fran-

zen losgeschlagen hätten, noch bevor die endgültige Entscheidung über Oberschlesien gefallen war. Und seine Überzeugung geht dahin, daß der Aufstand nicht eher zusammenbreche werde, als bis Engländer und Italiener in der Interalliierten Kommission die Übermacht erhielten. Augenblicklich seien neben General Le Rond der Oberst Capus und General Gravier für die militärischen Operationen in Oberschlesien zuständig. Bevor nicht die Triumvirat gestürzt sei, könne kein Frieden herrschen, und der Ruin eines großen Industriegebietes und das Ende einer großen Bevölkerung müsse fortduern. Selbst ein britisches Armeecorps würde keine Aenderung herbeiführen, denn es würde unter diesem Triumvirat nur dorthin beordert werden, wo die Franzosen englische Truppen haben wollten, also dort, wo sie Korsant am wenigsten schaden könnten. So deutlich ist den Engländern die Wahrheit über Oberschlesien kaum schon gezeigt worden.

Danach kann man sich ungefähr denken, unter welchen offenen und versteckten Bedingungen General Le Rond die Räumung des Aussiedlungsgebietes zulassen wird. Wer sonst als die Deutschen können und werden wohl die Leidtragenden dieser Räumungssituation sein?

## Das Elend in Oberschlesien.

Wieder einmal der "Oberste Rat".

Die folgende Ausfassung eines besonderen Berichterstatters des "Manchester Guardian" sagt uns zwar wenig Neues, aber sie hat insofern Bedeutung, als sie zeigt, daß man bei den Engländern mehr und mehr zur Erkenntnis der Lage kommt. Es schreibt u. a.:

Die Franzosen, die für den Aufstand verantwortlich sind und offen ihrer Sympathie Ausdruck geben, sind auch für seine Fortdauer verantwortlich, da sie alles tun, um jede Art von Aktion, die den Aufstand beenden könnte, zu verzögern oder abzuschwächen. Der Aufstand wird nicht zu Ende gehen, als bis die Engländer und die Italiener in der Interalliierten Kommission die Vorherrschaft haben. Augenblicklich steht an der Spitze der militärischen Abteilung Oberst Capus, General Gravier leitet die militärischen Operationen, General Le Rond ist der oberste Chef der gesamten Interalliierten Kommission. Die Aufgabe, den Aufstand zu unterdrücken, befindet sich demnach in den Händen von drei französischen Offizieren, die in Übereinstimmung mit der französischen Politik in Oberschlesien wollen, daß der Aufstand gelingt. Bevor nicht dieses Triumvirat gestürzt ist und durch britische und italienische Offiziere ersetzt wird, kann in Oberschlesien kein Frieden herrschen, und der Ruin eines großen Industriegebietes und das Ende einer großen Bevölkerung dauert fort. Selbst ein britisches Armeecorps würde keine Aenderung herbeiführen, denn unter diesem Triumvirat werden britische Truppen dorthingezogen, wo die Franzosen sie haben wollen, d. h. dort, wo sie Korsant am wenigsten lästig sind.

Politische Fragen im Unterhaus.

A. E. H. H. fragte im Londoner Unterhause, ob die von Lloyd George öffentlich verkündete Politik bezüglich Oberschlesiens unverändert fortsetze. Chamberlain erwiderte: Ja. A. E. H. H. fragte weiter, ob die Regierung mittleren könne, welches die augenblickliche Lage in Oberschlesien sei, und ob der Vorschlag gemacht worden sei, daß eine gewisse Zone in Oberschlesien durch eine Reihe von alliierten Truppen besetzt werden sollte, erwiderte Chamberlain, die Lage in Oberschlesien habe sich im allgemeinen nicht geändert. Man hoffe jetzt, wo Versammlungen eingerufen seien, daß die der Kommission zur Verjährung liegenden Streitkräfte genügen, um diese in die Lage zu versetzen, zu einem baldigen Zeitpunkt die Ordnung wiederherzustellen. Die Antwort auf die zweite Frage lautete verneinend. Darauf fragte Wedgwood: Ist es nicht eine Tatsache, daß die gesamte militärische Leitung der Truppen in Oberschlesien sich in den Händen der Franzosen befindet, und wie können wir irgend eine Befreiung erwarten, solange die französischen Sympathien mit den polnischen Insurgenten? (Hier griff der Sprecher ein).

Die "Alliierten".

"Tempo" heißt mit, obwohl noch kein Zeitpunkt offiziell ins Auge gefaßt sei, erscheine es nicht unmöglich, daß der Oberste Rat vor Ende Juni zusammenentreten werde, wenn die Wiederherstellung der Ruhe in Oberschlesien binnen zehn Tagen vollzogen sei, und wenn die Ereignisse im Orient (gemeint ist Kleinasien) die Orientereignungen bis dahin in den Stand setzen, sich über eine gemeinsame Politik zu einigen.

Der italienische General de Martini hat infolge des britischen Erfolgs von der Regierung in Rom Auftrag erhalten, in Oberschlesien Gewalt anzuwenden, wenn dies nötig sein sollte. Die französischen Regierung hat das englische Erfolge ebenfalls "wohlwollend" in Erwähnung gezogen.

Wohl infolge dieses Auftrages ist nun den Insurgenten ein neues Ultimatum gestellt worden. Falls noch einmal Kavallerie von ihnen sei, sei es mit Artillerie, sei es durch Maschinengewehr- oder Infanteriefeuer beschossen werden sollte, werde die italienische Artillerie ihre Stellungen "unwiderrücklich" mit Feuer belegen.

Wieder ein Abgeordneter verschleppt.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Biß wurde in seiner Wohnung im Deubener Vorort Nohberg von

polnischen Banditen festgenommen und mit noch zwei anderen deutschen Einwohnern fortgeschleppt. Diese "Verhaftung" soll als Repressie wegen Belästigung politischer Bürger in Deubn erfolgt sein. Die Meldung polnischer Blätter, daß Biß wieder entlassen worden sei, ist falsch.

## Entente-Treibereien gegen das Reichsgericht

Englische und belgische Vorsätze.

Das Schreiben gegen die Urteile des Leipziger Reichsgerichts wurde in den Alliiertenländern sofort und selbstverständlich schon nach dem ersten Prozeß laut. Jetzt aber wird dieses Schreiben zur offenen Drohung und die Regierungsbürokratie haben oder wollen nicht den Mut haben, der Heze entgegenzutreten.

So fragte im englischen Unterhause ein Abgeordneter, wieviel Deutsche angestellt seien, Lazarett-Schiffe verkehrt zu haben. Ferner, ob man im Anbetracht der Freisprechung des Angeklagten, der die Dover Castle verübt habe, weil diese Tat auf höheren Befehl ausgeführt wurde, die Liste der "Kriegsverbrecher" abändern werde, um diejenigen Personen anzuladen, die derartige Befehle herausgegeben hätten. Der Generalstaatsanwalt antwortete, daß einige Anklagen wegen Verfehlung von Lazarett-Schiffen vorliegen. Die Entscheidungen des Leipziger Gerichtshofes zügen nicht den Verlust der Rechte der Alliierten nach sich, die ihnen der Friedensvertrag gäbe. Sobald die Prozeß vor dem Leipziger Gericht beendet seien, würden die Alliierten beschließen müssen, was zu tun sei.

Und in Belgien nahm ein Ministerrat von den Entscheidungen Kenntnis, die das Reichsgericht in Leipzig gefällt bat und äußerte sich dazu. Nach den Bekanntmachungen des Abkommens der Alliierten können die Entscheidungen dieses Gerichts nur als Probe angesehen werden, durch die die deutschen Behörden ihren loyalen Willen beurteilt sollen, die Verbrechen nachdrücklich zu bestrafen. Sobald die belgische Regierung die Berichte ihrer Delegierten in Leipzig empfangen haben wird, wird sie prüfen, ob die Probe, so wie sie sich aus den ersten Entscheidungen ergibt, als befriedigend angesehen werden kann.

Also in beiden Fällen das gleiche Bestreben. Man stellt ein Verlangen an Deutschland. Dieses Verlangen wird erfüllt. Nachher kommen die Alliierten stellen sich unbefriedigt und wieder einmal wird mit dem Stahlbrüder-Agreement eine Verhandlung heraufgeschoben. In England prägt man dafür den Ausdruck "Ehrliches Spiel".

## Rathenau über Wiesbaden.

Weiterverhandlungen in Paris.

Der deutsche Wiederausbau minister ist nach Berlin zurückgekehrt, nachdem er mit dem französischen Minister Loucheur noch einige weitere Besprechungen vor der beiderseitigen Abreise gehabt hatte.

Staatssekretär Dr. Bergmann hat Rathenau auf seiner Reise nach Berlin begleitet. Bergmann wird sich dort drei bis vier Tage aufhalten und dann nach Paris zurückkehren, um die in Wiesbaden mit Loucheur begonnenen Besprechungen fortzuführen. Man hofft, daß in zwei bis drei Wochen es den beiden Ministern gelingen wird, sich über gewisse praktische Punkte von großer Bedeutung zu einigen.

Das bisherige Einvernehmen soll sich erstrecken auf die materiellen Lieferungen und die Vermendung der Arbeitskräfte zum Wiederausbau des Kriegsgebietes, sowie auf die Durchführung der deutschen Ausführungsrechte.

Belderleitiger Wille zur Verhandlung.

In einer kurzen Unterredung mit Rathenau sagte dieser dem Vertreter des "Main", er könne sich auf Interview nicht einlassen. Aber er äußerte dem Zeitungsmann folgende Erklärung: "Meine Haltung bezüglich des Wiederaufbauproblems ist durch meine Reichstagsrede bekannt. Ich habe ihr nichts hinzuzufügen. Die Besprechung mit Herrn Loucheur hat sowohl auf der einen wie auf der andern Seite gezeigt, daß der Wille, über diese sehr ernsten und sehr schwierigen Fragen zu verhandeln, vorhanden ist, und zwar, wie sich die Engländer ausdrücken, nach dem Gesichtspunkt des 'matter of fact', d. h. nach der Art von zwei Technikern, die die Gewohnheit haben, große internationale Aufgaben zu behandeln."

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Abgabe von Eisenbahnwagen an die Entente.

Bis zum 31. Mai 1921 einschließlich wurden insgesamt gemäß Artikel 238 des Friedensvertrages an rollendem Eisenbahnmateriel zurückgegeben: an Belgien 5670 Staatsbahnwagen und 86 Privatwagen, an Frankreich 2546 Staatsbahnwagen und 226 Privatwagen, zusammen 8522 Wagen.

Überflüssige Saarlohlen für — Österreich.

Aus dem Kohlenüberschluß der Saarbergwerke, die bekanntlich zum Ertrag der im Kriege zerstörten nordfranzösischen Gruben an Frankreich übergeben wurden, werden nunmehr den österreichischen Eisenbahnen im Juni, Juli und August je 30 000 Tonnen abgegeben.